

01 - Büro der Oberbürgermeisterin  
Frau Kamionka

Datum:  
09.06.2022

## **Antrag**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

**Antrag "Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:51 Uhr)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	15.06.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	23.06.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Antrag "Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:51 Uhr)

### **Beschlussvorschlag:**

s. Antrag "Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:51 Uhr)

### **Anlagen:**

Antrag "Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2022, eingegangen am 09.06.2022, 11:51 Uhr)

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

---



# Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 –  
Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

09.06.2022

## – **Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen**

Sehr geehrte Frau Kalisch,

die SPD-Fraktion im Stadtrat beantragt zur nächsten Ratssitzung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beratungsmöglichkeit für Menschen, die aufgrund des Preisanstieges bei Wärme, Energie und Lebensmittelpreisen eine Unterstützung benötigen, einzurichten. Ziel muss es sein, gemeinsam mit den verschiedenen bestehenden Beratungsstellen Menschen die richtigen finanziellen Unterstützungsangebote aufzuzeigen und die Öffentlichkeit stärker über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den regionalen Energieversorgern, dem Landkreis und dem Jobcenter die Einrichtung eines Härtefallfonds zu verhandeln, der Menschen berät und hilft, wenn die Energiekosten nicht mehr bezahlt werden können, um so Stromsperrern und Vertragskündigungen zu vermeiden. Hierzu sollen auch städtische Mittel eingesetzt werden. Auch die anderen Partner sollen aufgefordert werden, sich finanziell beteiligen, so dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die stark steigenden Kosten für Lebensmittel und die Energieversorgung treiben auch in Lüneburg tausende Menschen um, denn hier geht es um nichts Geringeres als die grundlegende Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Täglich fragen sich immer mehr Menschen, ob sie langfristig Strom, Heizung und Lebensmittel noch bezahlen können. Erste Entlastungspakete des Bundes helfen, werden aber nicht ausreichen. Darum sind weitere Maßnahmen des Bundes dringend erforderlich. Aber auch die Stadt sollte sich bereits jetzt auf die Situation einstellen und ein Informations-, Beratungs- und Unterstützungssystem aufbauen. Um auch Menschen zu erreichen, die bisher keine Unterstützung in Anspruch nehmen mussten.

---

Auf dem Meere 14-15    Tel.: 0 41 31/23 28 59  
21335 Lüneburg        Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg  
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54  
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzende:  
Andrea Schröder-  
Ehlers

Email: [info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de](mailto:info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de)  
Internet: [www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de](http://www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de)

• • •

Jetzt verändert sich die Lage und nun braucht es eine zielgenauere Unterstützung für die Menschen, die sich in dem System der Hilfeleistungen nicht auskennen. Die Schwelle, sich beraten und helfen zu lassen muss gesenkt werden. Es ist die Aufgabe der Hansestadt, gemeßnsam mit den anderen Organisationen genau hier zu helfen.

Bereits jetzt gibt es in verschiedenen Städten auch Härtefallfonds für die vorübergehende Übernahme von Energiekosten. So hat die Stadt Hannover mit ihrem Energieversorger enercity schon sehr lange ein solches System, das hauptsächlich auf gemeinsame Beratung des Hilfesuchenden setzt, im Zweifelsfall aber auch direkte finanzielle Unterstützung leisten kann.

Mit solchen Maßnahmen können Stromsperrren bzw. Kündigungen wegen nicht gezahlter Energiekosten vermieden werden. Dies sollte auch in unserer Stadt aufgebaut werden. Dabei ist auch klar, dass diese Maßnahmen alleine nicht ausreichen werden, sondern Bund und Land Unterstützungsmaßnahmen in erheblichem Umfang leisten müssen.

Mit freundlichem Gruß



Andrea Schröder-Ehlers  
Fraktionsvorsitzende

<b>Stabstelle 05</b> Dezernat V- Bildung, Jugend und Soziales	<b>Daniela Krüger</b> Telefon: 309-3105  15.06.2022
--	--

01 R über Dez. I z.w.V.

**Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD vom 09.06.2022 „Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen“ zur Sitzung des Rates am 23.06.2022**

Die SPD-Fraktion beantragt für die Ratssitzung am 23.06.2022 folgende Punkte:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beratungsmöglichkeit für Menschen, die aufgrund des Preisanstieges bei Wärme, Energie und Lebensmittelpreisen eine Unterstützung benötigen, einzurichten. Ziel muss es sein, gemeinsam mit den verschiedenen bestehenden Beratungsstellen Menschen die richtigen finanziellen Unterstützungsangebote aufzuzeigen und die Öffentlichkeit stärker über staatliche Unterstützungsmöglichkeit zu informieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den regionalen Energieversorgern, dem Landkreis und dem Jobcenter die Einrichtung eines Härtefallfonds zu verhandeln, der Menschen berät und hilft, wenn die Energiekosten nicht mehr bezahlt werden können, um so Stromsperrern und Vertragskündigungen zu vermeiden. Hierzu sollen auch städtische Mittel eingesetzt werden. Auch die anderen Partner sollen aufgefordert werden, sich finanziell zu beteiligen, so dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

zu 1.:

Die Verwaltung sieht auch einen erhöhten Beratungsbedarf bei Personen, die von den steigenden Preissteigerungen betroffen sind und ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Punktuell werden bereits jetzt schon Beratungen zu dem Thema geleistet für Personen, die in einem Leistungsbezug bei der Hansestadt Lüneburg stehen, wie z.B. Gewährung von Grundsicherungsleistungen, Wohngeld, Gewährung von Familienhilfen, Hilfen für von Obdachlosigkeit bedrohten Personen etc.

Zudem gibt es in Lüneburg bereits andere Beratungsangebote wie z.B. von der Verbraucherzentrale, Schuldnerberatungen, Wohlfahrtsverbänden. Diese Beratungsangebote sollten zunächst gebündelt werden, um die Schaffung von Parallelstrukturen zu verhindern.

Aus Sicht der Verwaltung sollten insbesondere Personen in den Fokus gerückt werden, die noch in keinem sozialen Leistungsbezug stehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei diesem Personenkreis oftmals Hemmschwellen bestehen zum „Sozialamt“ zu gehen. Aufgrund dessen sollte in Erwägung gezogen werden, bestehende Beratungsangebote Dritter zu stärken und ggf. finanziell zu unterstützen. Des Weiteren ist geplant, in Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, Informationsmaterialien für unterschiedliche Personenkreise zu erstellen und diese mit den vorhandenen Beratungsangeboten auf unterschiedlichen Wegen zu veröffentlichen.

Darüber hinaus sollen auch die Stadtteilhäuser als Beratungsstellen in den Fokus genommen werden, damit die Menschen dort erreicht werden, wo sie leben.

Bei Stadtteilstesten ist geplant Infostände zu diesem Themenkomplex einzurichten. Dieses wird erstmalig bei dem Stadtteilstest in Kaltenmoor durch die AVACON direkt angeboten.

Eine Schätzung, ob zusätzliches Personal für diese Leistungen bei der Hansestadt Lüneburg erforderlich ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgegeben werden. Dieses ist auch davon abhängig, ob und in welcher Form Beratungsangebote Dritter alternativ zu einer städtischen Beratungsstelle zielführender sind.

Zu 2.:

Es gibt bereits Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen zu dieser Problemlage, die weiterhin geführt werden sollen. Der Aspekt des Härtefallfonds kann dabei zukünftig mit aufgenommen werden. Bei der Errichtung eines städtischen Härtefallfonds sind zunächst haushaltsrechtliche Belange zu klären. Sobald Ergebnisse feststehen, wird in den Gremien berichtet.

gezeichnet:

Krüger



Andrea Kabasci Schröderstraße 16 21335 Lüneburg

Oberbürgermeisterin Kalisch  
- Rathaus -  
  
21335 Lüneburg

**Stadtratsfraktion Lüneburg**

**Ratsfrau Andrea Kabasci  
Ratsfrau Mareike Panteli**

Schröderstraße 16 (Grünes Büro)  
21335 Lüneburg  
Tel.: 0176 20047715  
andrea.kabasci@rathaus-aktuell.de

12.07.2022

**Änderungs-Antrag zur Sitzung des Stadtrates am 13.07.2022  
„Konzept zur Unterstützung bei steigenden Preisen“**

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt folgenden Änderungsantrag zu Punkt 1, des Antrages:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt die verschiedenen Beratungsstellen und Sozialträger zu kontaktieren, um zu ermitteln, ob Unterstützungsbedarf besteht. Diese Akteure sollen dann bedarfsgerecht unterstützt werden z.B. finanziell über gegebenenfalls anfallende Haushaltsreste oder personell über die „Ukraine-Stellen“, die in der Stellenplanung eingestellt wurden.*
- 2. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kommunikationsoffensive in Zusammenarbeit mit den Stadtteilhäusern mit einem Fokus auf Personen, die (noch) nicht im Leistungsbezug sind, unterstützt der Stadtrat ausdrücklich. Neben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen befürworten wir auch eine Bündelung der Angebote auf der städtischen Website, um niedrigschwellige Information bereitzustellen. Das Thema soll im nächsten Sozialausschuss auf der Tagesordnung stehen.*

**Die Begründung:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält eine neue Beratungsstelle für nicht sinnvoll, da der Aufbau einer solchen Struktur wertvolle Zeit kostet, sondern möchte die bestehenden Beratungsmöglichkeiten stärken. Hierfür sollen die spezifischen Bedarfe ermittelt werden, um diesen dann passgenau zu helfen. Eine breite Kommunikation in die Öffentlichkeit halten wir jedoch für essenziell, um bestehende Hürden abzubauen und eine Inanspruchnahme zu erleichtern.

**Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung**

Für die Fraktion